

In der Senatssitzung am 2. Februar 2021 beschlossene Fassung

Senatskanzlei

Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau

26.01.2021

Vorlage für die Sitzung des Senats am 02.02.2021

„Resolution Kommunen für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland“

Unterzeichnung durch Bremen als Erstunterzeichner

A. Problem

Im November 2020 schlossen sich anlässlich eines Treffens zum Thema Fairer Handel einige engagierte Kommunen, darunter die Berliner Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte, und Treptow-Köpenick, die Stadt Mainz, die Stadt Neumarkt i. d. OPf., die Stadt Eltville am Rhein, Markt Roßtal und die Faire Metropolregion Nürnberg zusammen und verfassten die Resolution „Kommunen für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland“. Die Initiatoren greifen darin die grundsätzlichen Forderungen der „Initiative Lieferkettengesetz“ auf und fordern Haftungsregelungen als Kernstück eines wirksamen Lieferkettengesetzes sowie effektive staatliche Durchsetzungsmechanismen. Auch zahlreiche deutsche Unternehmen begrüßen in einem gemeinsam veröffentlichten Statement eine gesetzliche Regelung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten.

Die Resolution soll bis zum 8. Februar 2021 von Oberbürgermeister*innen, Bürgermeister*innen (oder entsprechenden Vertreter*innen) von mindestens 15 Kommunen unterzeichnet werden, die sich bereits durch wegweisende Projekte für die Einhaltung menschenrechtskonformer Standards im öffentlichen Einkauf einsetzen, die Resolution zur Agenda 2030 verabschiedet haben, oder sich künftig für die Stärkung der Fairen Beschaffung einsetzen wollen. Alle Kommunen, die bis zum 8. Februar unterzeichnen, gelten als „Erstunterzeichner“.

Bremen wurde in diesem Rahmen angeschrieben mit dem Wunsch und der Bitte, die Resolution durch PdS Bovenschulte und BGM Schaefer zu unterzeichnen und sich als Erstunterzeichner an der Initiative zu beteiligen.

B. Lösung

Bremen engagiert sich seit vielen Jahren für den Fairen Handel und die nachhaltige öffentliche Beschaffung. Dabei wurde Bremen im Wettbewerb 2011 als Hauptstadt des Fairen Handels ausgezeichnet. Seit 2014 ist Bremen zudem als Fair Trade Town zertifiziert. Im Wettbewerb der Europäischen Union 2020 „Fair and Ethical Trade Award“ erhielt Bremen eine besondere Erwähnung (Special Mention) für seine internationalen Aktivitäten mit seinen Partnerstädten im globalen Süden. Im September 2017 unterschrieb Bremen gemäß Senatsbeschluss die Musterresolution des Deutschen

Städtetages zur Umsetzung der Agenda 2030 und der von der UN verabschiedeten Sustainable Development Goals auf kommunaler Ebene.

Bremen verfolgt das Ziel, aufbauend auf die erreichten Standards die öffentliche Beschaffung Bremens weiter an ökologischen und sozialen Kriterien auszurichten. Der Senator für Finanzen ist dabei federführend für den Bereich öffentliche Beschaffung zuständig. Bei Immobilien Bremen wurde zur Unterstützung der Umsetzung dieses Vorhabens eine Kompetenzstelle für sozial verantwortliche öffentliche Beschaffung angesiedelt. Zudem will sich die Freie Hansestadt Bremen auf Bundesebene dafür einsetzen, dass soziale und arbeitsrechtliche Mindeststandards in Produktions- und Handelsketten gesetzlich festgeschrieben werden.

Die angeregte Unterzeichnung der Resolution „Kommunen für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland“ wäre ein folgerichtiges und wichtiges politisches Signal.

Bürgermeister Dr. Bovenschulte und Bürgermeisterin Dr. Schaefer unterzeichnen die beigefügte Resolution bis zum 8. Februar 2021.

C. Alternativen

Werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle, personalwirtschaftliche und genderbezogene Auswirkungen

Mit der Unterzeichnung der Resolution sind keine finanziellen Verpflichtungen und Auswirkungen verbunden. Die vorgeschlagene Maßnahme hat keine personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Das Lieferkettengesetz soll eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen hinsichtlich Arbeitsschutz, Umweltschutz und angemessenen existenzsichernden Löhnen fördern. In einigen Industriezweigen, insbesondere der Textilbranche, sind weit überwiegend Frauen in der Produktion beschäftigt. Die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen würde somit insbesondere den Arbeiterinnen am Ende der Lieferkette zugutekommen, die in prekären und menschenunwürdigen Verhältnissen arbeiten.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Vorlage ist mit dem Senator für Finanzen und der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Einer Veröffentlichung im zentralen elektronischen Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

Der Senat beschließt, die Resolution „Kommunen für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland“ als Erstunterzeichner bis zum 08.02.2021 zu unterzeichnen.

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin

Abteilung für Finanzen, Umwelt, Kultur und Weiterbildung
Bezirksstadträtin



BA Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin – Dez FinUmKuWbi – 10216 Berlin (Postanschrift)

GeschZ. (bei Antwort bitte angeben)
Dez FinUmKuWbi

Bearbeiter/in:
Frau Clara Herrmann

Dienstgebäude:
Frankfurter Allee 35-37, 10247 Berlin
Zimmer 3305 (Aufg. C)

Tel. Durchwahl (030) **90 298-2300**
Zentrale (030) 90 298-0
Intern 9 298-2300

Fax Durchwahl (030) **90 298-4178**
Intern 9 298-4178

Stadtraetin.Herrmann@ba-fk.berlin.de
(Nicht für Dokumente mit elektr. Signatur)

www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg

Datum **22.01.2021**

☞ **Erstunterzeichnung der Resolution Kommunen für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland**

Sehr geehrter Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,
sehr geehrte Zweite Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer,

bei einem Austauschtreffen im Rahmen des Wettbewerbs „Hauptstadt des Fairen Handels“ im November 2020 schlossen sich einige engagierte Kommunen, darunter die Berliner Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte, und Treptow-Köpenick, die Stadt Mainz, die Stadt Neumarkt i.d.OPf., die Stadt Eltville am Rhein, Markt Roßtal und die Faire Metropolregion Nürnberg zusammen und verfassten die Resolution „Kommunen für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland“.

Sie greifen darin die grundsätzlichen Forderungen der [Initiative Lieferkettengesetz](#) auf und fordern Haftungsregelungen als Kernstück eines wirksamen Lieferkettengesetzes sowie effektive staatliche Durchsetzungsmechanismen. Auch zahlreiche deutsche Unternehmen begrüßen in einem gemeinsam veröffentlichten [Statement](#) eine gesetzliche Regelung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten.

Die Resolution soll bis zum 8. Februar 2021 von Oberbürgermeister*innen, Bürgermeister*innen (oder eine*r entsprechenden Vertreter*in) von mindestens 15 Kommunen unterzeichnet werden, die sich bereits durch wegweisende Projekte für die Einhaltung menschenrechtskonformer Standards im öffentlichen Einkauf einsetzen, die Resolution zur Agenda 2030 verabschiedet haben, oder aber sich künftig für die Stärkung der Fairen Beschaffung einsetzen wollen. Alle, die bis zum 8. Februar unterzeichnen, gelten als „Erstunterzeichner“.

Anschließend wird die Resolution bundesweit gestreut und im Februar veröffentlicht. Ziel ist es, dass sich möglichst viele Kommunen anschließen. Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg wird hierzu die Projektkoordination und die Federführung der öffentlichen Kommunikation übernehmen.

Dienststelle: Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, Frankfurter Allee 35/37, 10247 Berlin

Fahrverbindungen:
U-Bahn: Samariterstraße
S-Bahn: Frankfurter Allee

IBAN:
DE50100708480512722000
DE57100500000610003607
DE33100100100003416104

Geldinstitut:
Berliner Bank AG
Berliner Sparkasse
Postbank Berlin

BIC:
DEUTDE33110
BELA3333XXX
PBNKDE33110

Wir würden uns außerordentlich freuen, auch die Freie Hansestadt Bremen als Erstunterzeichnerin zu gewinnen. Dazu laden Sie bitte die unterzeichnete Resolution bis zum 08. Februar 2021 auf der [Website der Stadt Neumarkt a.d.OPf.](#) hoch.

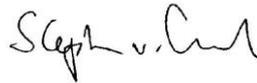
Für Rückfragen kontaktieren Sie bitte unsere Koordinatorin für Kommunale Entwicklungspolitik unter helena.jansen@ba-fk.berlin.de

Mit freundlichen Grüßen,



Clara Herrmann

Bezirksstadträtin des Bezirks
Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin



Stephan von Dassel

Bezirksbürgermeister des Bezirks Mitte von Berlin

Anhang:

Resolution Kommunen für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland

Resolution: Kommunen für ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland

Brennende Textilfabriken, vergiftetes Trinkwasser oder ausbeuterische Zwangs- und Kinderarbeit sind nur die Spitze des Eisbergs: Schäden an Umwelt und Natur sowie prekäre Arbeitsbedingungen in den Ländern des Globalen Südens sind leider immer noch weit verbreitet - obwohl universelle Regeln zur Sicherung von Menschen- und Umweltrechten von fast allen Staaten ratifiziert wurden. Die Corona-Krise hat die Fragilität und ungleiche Lastenverteilung globaler Lieferketten noch weiter in den Fokus gerückt: Millionen Produzent*innen sind durch Auftragsstornierungen und das Zusammenbrechen ihrer Absatzmärkte in ihrer Existenz bedroht.

Deshalb setzen sich zahlreiche Kommunen bereits für faire, ökologische und menschenrechtskonforme Standards im öffentlichen Einkauf ein und zeigen: verantwortliche Beschaffung ist möglich!

Um sozial verantwortliche Beschaffung zur Regel zu machen, greifen wir, die Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen in Deutschland, die Forderungen der [Initiative Lieferkettengesetz](#) auf und setzen uns ebenfalls ausdrücklich für die Einführung eines Lieferkettengesetzes ein, wie es im Koalitionsvertrag der Bundesregierung festgeschrieben wurde. Zunehmend fordern auch Unternehmen einen gesetzlichen Rahmen, der gleiche Wettbewerbsbedingungen schafft.

Mit Sorge beobachten wir jedoch, dass die Regierungskoalition den Beschluss zur Einführung des Lieferkettengesetzes mehrfach vertagt hat. Zudem droht die Diskussion innerhalb der Großen Koalition die Wirkkraft des Lieferkettengesetzes zu mindern.

Wir fordern daher einen gesetzlich verbindlichen Rahmen, der Unternehmen dazu verpflichtet, Risiken zur Verletzung von international anerkannten Menschen-, Arbeits- und Umweltrechten entlang ihrer gesamten Wertschöpfungskette zu analysieren, diesen vorzubeugen und transparent darüber zu berichten! Bestehende Verletzungen dieser Rechte müssen beendet und ein Beschwerdemechanismus in den Unternehmen eingeführt werden. Freiwillige Maßnahmen reichen nicht. Haftungsregelungen sind das Kernstück eines wirksamen Lieferkettengesetzes, um die Einhaltung von Menschenrechten und Rechtsschutz für Betroffene zu garantieren. Zur Umsetzung des Lieferkettengesetzes müssen zudem effektive Durchsetzungsmechanismen von staatlichen Behörden etabliert werden. Nachhaltige Beschaffung kann nicht länger am Willen und am fachlichen Know-How Einzelner hängen. Ein wirksames Lieferkettengesetz muss beispielsweise ermöglichen, dass Unternehmen von der öffentlichen Vergabe ausgeschlossen werden, wenn nachweislich Sorgfaltspflichten verletzt wurden sowie ein Sorgfaltsplan nicht oder nur unvollständig vorliegt.

Ein derart ausgestaltetes Lieferkettengesetz bildet die rechtlich verbindliche Grundlage, verantwortungsvoll zu konsumieren und zu produzieren, menschenwürdige Arbeit für Alle zu fördern sowie die Entkopplung von wirtschaftlichem Handeln und Umweltzerstörung zu erreichen. Damit kann ein Beitrag zur Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele auch auf lokaler Ebene geleistet werden.

Bei einem bundesweiten Einkaufsvolumen der öffentlichen Hand von rund 350 Milliarden Euro, wovon ein Großteil auf die Kommunen entfällt, setzen wir uns als kommunale Vertreterinnen und Vertreter dafür ein, dass das ökonomische Steuerungspotenzial wirkungsvoller für die Durchsetzung sozialer und gesellschaftspolitischer Ziele genutzt wird.

Als öffentliche Hand haben wir die Verpflichtung, faire, ökologische und menschenrechtskonforme Standards in unserem Einkauf und Handeln zu gewährleisten. Wir wollen nicht, dass mit öffentlichen

Geldern Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung finanziert werden. Ein Lieferkettengesetz in Deutschland ist überfällig und ein wesentlicher Baustein für mehr globale Gerechtigkeit.

Die Stadt/die Gemeinde/der Landkreis

Bitte Name einfügen

- hat die Resolution als Erstunterzeichner mit Beschluss vom _____ angenommen (optional)
- unterzeichnet die Resolution im Namen von _____

Bitte Name, Titel, Funktion einfügen (obligatorisch)

Ort, Datum, Unterschrift